

## *Bauernbund Brandenburg*

### **Wolfserwartungsland – aber bitte ohne Finanzamt!**

**Beitrag unseres Präsidenten Karsten Jennerjahn zum ländlichen Raum in den Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 6. April 2013**



Wo findet wohl mehr Wertschöpfung statt – hier oder in Berlin?

Wolfserwartungsland, Wegzugsprämie – die städtische Sicht auf den ländlichen Raum Brandenburgs spart nicht mit drastischen Formulierungen und Vorschlägen. Eine demografische Herausforderung nie da gewesenem Ausmaßes wird festgestellt, grundlegende Strukturbrüche werden erkannt und tiefgreifende Anpassungsprozesse angemahnt. Solchermaßen wissenschaftlich fundiert hält die Landespolitik bereits seit vielen Jahren schmerzhaft Einschnitte und radikale Reformen für unausweichlich, wenn überhaupt noch eine Mindestversorgung aufrechterhalten werden soll.

Ich weiß nicht, an welches Land diese Wissenschaftler und Politiker dabei denken. Vermutlich haben sie Lappland oder Australien vor Augen, Brandenburg ist es jedenfalls nicht. Wer in Brandenburg eine Landpartie unternimmt, der fährt alle zwei bis fünf Kilometer in ein schönes, ordentliches Dorf mit renovierten oder neuen Häusern, gepflegten Gärten und Grünanlagen. Was in den vergangenen zwanzig Jahren – überwiegend in Privatinitiative – auf dem Lande alles geschaffen wurde, rechtfertigt ausdrücklich den fast schon vergessenen Begriff blühende Landschaften. Und wenn ich inmitten von Windrädern und Getreidefeldern stehe, frage ich mich manchmal, wo mehr Wertschöpfung stattfindet, hier oder in Berlin. Wohlgermerkt, ich spreche vom Geld verdienen! Dass Berlin Geld ausgeben kann, ist bekannt.

Es ist höchste Zeit, mit dem arroganten Vorurteil aufzuräumen, der ländliche Raum sei strukturschwach oder gar zurückgeblieben. Der ländliche Raum definiert sich durch eine vergleichsweise geringere Einwohnerdichte pro Flächeneinheit. Das hat Vor- und Nachteile, ist aber zunächst einmal der Normalfall. Historisch gesehen sind die Ballungszentren eine spätere Entwicklung, haben heute sicher ihre Berechtigung, dürfen aber keinesfalls als das Maß aller Dinge betrachtet werden. Nach wie vor leben viele Menschen gern in Dörfern und Kleinstädten, und das sollte der Staat ihnen nicht verleiden, sondern endlich als gleichberechtigtes Siedlungsmodell anerkennen.

Statt dessen erleben wir in Brandenburg seit Jahren eine systematische Benachteiligung des ländlichen Raumes, indem der Staat sich mit seinen hoheitlichen Aufgaben aus der Fläche zurückzieht, in der Wirtschaftsförderung falsche Akzente setzt und die Menschen auf dem Land überreguliert. Der demografische Wandel findet überall statt. Man muss aber die daraus resultierenden Probleme für den ländlichen Raum nicht noch durch politische Entscheidungen unnötig verschärfen, wie es die Landespolitik unverständlicherweise gezielt betreibt.

### **Menschen auf dem Land werden als Bürger zweiter Klasse diskriminiert**

Wenn der Staat sich anmaßt – und das tut er sicher aus gutem Grund – bestimmte Aufgaben allein wahrzunehmen oder maßgeblich zu gestalten, so folgt aus diesem Monopolanspruch meines Erachtens die Pflicht, dafür flächendeckend ausreichende Angebote zu organisieren. Es ist nicht seine Aufgabe, jede Grundschule mit mehr als hundert Schülern auszulasten, sondern jedem Schüler in weniger als zehn Kilometern Entfernung zu seinem Wohnort eine Grundschule anzubieten. Aus der geringeren Einwohnerdichte folgen zwar vergleichsweise höhere Bereitstellungskosten pro Einwohner – das dürfte aber kein Problem sein, weil in den Ballungszentren entsprechend niedrigere Kosten anfallen und die Kostenbelastung pro Einwohner sich damit ausgleicht. Wer sich hier mit dem Kostenargument aus der Verantwortung stiehlt, diskriminiert die Menschen auf dem Land als Bürger zweiter Klasse.

Unser ganzes von Bismarck erdachtes Sozialsystem beruht auf diesem Ausgleich: Reiche zahlen mehr ein als Arme, Kranke nehmen es mehr in Anspruch als Gesunde – warum also sollten Großstädter besser versorgt sein als Landbewohner? Wie soll man einem jungen Menschen, der schon als Baby auf dem Weg zum Kreißaal eine Dreiviertelstunde unterwegs war und als Schulkind täglich zwei Stunden im Bus verbringen musste, glaubhaft nahebringen, dass es sich für ihn lohnt, ausgerechnet auf dem Dorf eine Existenz aufzubauen und eine Familie zu gründen? Genau das wird aber immer wichtiger, denn zahlreiche mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum, die Landwirtschaft eingeschlossen, suchen inzwischen händeringend Nachwuchs ...

Während um mich herum Schulen, Krankenhäuser und Polizeiwachen schließen, Straßen und Versorgungsleitungen verkommen, warte ich seit mittlerweile mehr als zehn Jahren auf schnelles Internet. Ich weiß, fließend Wasser wurde auch nicht zuerst aufs Dorf gelegt, aber die Selbstverständlichkeit, mit der heute Errungenschaften des modernen Lebens den Menschen im ländlichen Raum vorenthalten werden, enthält unausgesprochen schon fast den Vorwurf, wie man sich nur in einer solch entlegenen Gegend ansiedeln konnte.

### **An Jahrhunderte selbständige Dörfer erinnert nur noch ein Straßename**

Auch mit der öffentlichen Verwaltung treibt der Staat die Entleerung des ländlichen Raumes massiv voran, indem er die Landesverwaltung in den Ballungszentren konzentriert und Ämter und Gemeinden zu sinnlosen Fusionen zwingt. Die letzte Kommunalgebietsreform endete in einem Fiasko der Entmündigung: Tausende bislang für ihr Dorf ehrenamtlich aktive Bürgermeister und Gemeindevertreter verloren über Nacht jegliche Gestaltungsmöglichkeiten und wurden zu Bittstellern entfernter Verwaltungseinheiten degradiert – zu sagen hatten sie nichts mehr und an ihr Jahrhundert selbständiges Dorf erinnerte nur noch ein Straßename.

Aber nicht genug, bereits heute spekulieren die Technokraten des demografischen Wandels auf die nächste Kommunalgebietsreform, nur noch fünf Großkreise sind im Gespräch, keine Gemeinde mehr unter 10.000 Einwohner. Zwei Dinge sollte man sich vorher allerdings klarmachen: 1. An Einsparungen hat die alte Kommunalgebietsreform bislang nichts gebracht und 2. ganz gleich, wie man die Effizienz märkischer Amtsstuben beurteilt, gehen den betroffenen Dörfern und Kleinstädten mit jeder Fusion attraktive, gut bezahlte Arbeitsplätze und damit Menschen und Kaufkraft verloren. Großkreise und Großgemeinden sind nicht nur unwirtschaftlich, weil sie ehrenamtliches Engagement vernichten, sondern sie beschleunigen unmittelbar den Niedergang des ländlichen Raumes.



Selbst da, wo der Staat in die Wirtschaft hineinregiert, werden seit Jahren falsche Schwerpunkte gesetzt. Unter dem Motto "Stärken stärken" konzentriert sich die Wirtschaftsförderung des Landes auf am grünen Tisch von Verwaltungsfachleuten ausgedachte so genannte Regionale Wachstumskerne, die mit Ausnahme weniger Alibi-Standorte allesamt in den Ballungszentren liegen. Bleibt das Gesamtbudget gleich oder sinkt sogar, dann kann diese Strategie gar nicht zu einem anderen Ergebnis führen, als dass die nicht geförderten ländlichen Wirtschaftsstandorte Wettbewerbsnachteile erleiden – also bewusst geschwächt werden.

Hinzu kommt, dass derselbe Staat, der so konsequent seine Angebote im ländlichen Raum abbaut, immer neue Repressalien gegen die Landbevölkerung erfindet: Während die komplette Entsorgung gewachsener Kulturlandschaften inklusive ihrer Bewohner durch einen ausländischen Energiekonzern in der Lausitz offensichtlich kein Problem darstellt, werden diejenigen, die auf dem Lande nachhaltig wirtschaften, mit einem engmaschigen Netz von Auflagen und Einschränkungen überzogen: Natura 2000, Vogelschutzgebiete, Flora-Fauna-Habitate, Biotopschutzprogramme und Gewässerentwicklungskonzepte schreiben uns immer kleinteiliger vor, wie wir in Zukunft Landwirtschaft betreiben sollen – und bevormunden damit einen Berufsstand, der bei aller berechtigten Kritik im Einzelfall doch immerhin für den schützenswerten Zustand der Flächen verantwortlich sein dürfte.

Nehmen wir etwa die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Brandenburg: Für Kartierung, Monitoring, Entwicklungsplanung, Flusslaufrenaturierung und Fischtreppe ist reichlich Geld vorhanden. Für die Gewässerunterhaltung hingegen, seit jeher Voraussetzung für eine ertragreiche Landwirtschaft, fehlt es an allen Ecken und Enden. Praktisch für die Umweltbürokraten, da sich auf diese Weise die Feuchtbiotope von ganz alleine vermehren. Und damit auch das Wolfserwartungsland keine leere Versprechung bleibt, sorgt man fleissig für die Ausbreitung dieses Raubtieres, das in absehbarer Zeit die Weidehaltung von Rindern und Schafen wenn nicht unmöglich so doch mindestens unbezahlbar machen wird.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Nichts läge mir ferner, als ein trostloses Bild vom ländlichen Raum in Brandenburg zu zeichnen, im Gegenteil: Mir geht es gut, ich fühle mich wohl hier und möchte nirgendwo sonst leben. Wir haben vielleicht nicht die spektakulären Boom-Branchen, aber mit Landwirtschaft, Handwerk und mittelständischem Gewerbe, Tourismus und regenerativen Energien haben wir reale, stabile Wirtschaftszweige. Und wir haben einen hohen Anteil an Selbständigen und Eigentümern auf dem Land. Wir sind, um es deutlich zu sagen, strukturstark.

Dass unsere Dörfer und Kleinstädte heute überhaupt lebenswert sind, verdanken wir freilich nicht in erster Linie dem Staat, sondern unserer eigenen privaten Initiative. Es ist gute Tradition im ländlichen Raum, Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Vielleicht brauchen wir in Zukunft wirklich gar nicht so viele Schulen, Krankenhäuser und Polizeiwachen. Dass für Straßen kein Geld da ist, damit kann ich schon jetzt leben, denn mit meiner Technik komme ich auch so überall durch. Vielleicht müssen wir tatsächlich in dieser Richtung umdenken. Dann allerdings brauchen wir zuallererst kein Finanzamt mehr. Dann sollen sich die Steuereintreiber bitte in den Speckgürtel verziehen, wo sie doch bestimmt viel wirtschaftlicher arbeiten können.

So lange jedenfalls, wie der ländliche Raum in Brandenburg nicht gleichberechtigtes Zielgebiet von Bildungs-, Gesundheits-, Innen- und Infrastrukturpolitik ist, sondern lediglich Spielwiese für mobile Dorfläden, Schwester Agnes und Kulturscheunenprojekte, so lange muss sich niemand über eine anhaltende Landflucht wundern und auch nicht über Frust und Politikverdrossenheit bei den Menschen, die trotzdem auf dem Land bleiben.

*Seit diesem furiosen Beitrag von Karsten hat sich in Brandenburg niemand mehr zum ländlichen Raum geäußert. Warum auch, wo doch alles gesagt ist? Dass sich die Landespolitik schnell ändert, ist zwar nicht anzunehmen, aber immerhin: die Argumente sind in der Welt – und möglicherweise wird der eine oder andere Kommunalpolitiker, der bislang mit den Wölfen geheult hat, in Zukunft selbstbewusster für die Interessen seiner Region eintreten.*

*Während der Bauernverband auf der BraLa seine alljährlichen Klagelieder anstimmte, hatten wir Gelegenheit, in einem Teil der Brandenburger Medien eine etwas andere Einschätzung zur Lage abzugeben:*

## Wir können nicht klagen

**Interview des Journalisten Benjamin Lassiwe mit Geschäftsführer Reinhard Jung, veröffentlicht in Lausitzer Rundschau, Prignitzer und Uckermark-Kurier vom 10. Mai 2013**

Herr Jung, wie steht es um die Landwirtschaft in Brandenburg?

Die Landwirtschaft hat in Brandenburg wie in ganz Ostdeutschland ein strukturelles Problem: Es gibt ein riesiges Interesse von Kapitalanlegern, das durch steigende Bodenpreise und Agrarsubventionen noch angeheizt wird. Deren Holdings übernehmen einen maroden Großbetrieb nach dem anderen. Die Wertschöpfung wird aus dem ländlichen Raum rausgesaugt. Anleger aus Westdeutschland, Holland und Dänemark steigen ein – und Brandenburger gehen leer aus. Wir fordern daher, die ortsansässigen Landwirte zu stärken.

Aber wir leben in einer Marktwirtschaft ...

Wir sind für Marktwirtschaft, aber gegen staatlich abgesicherten Turbo-Kapitalismus. Deshalb unterstützen wir gemeinsam mit CDU und Grünen in Brandenburg den Vorschlag der EU-Kommission, bei den Agrarsubventionen eine Obergrenze einzuziehen. Kein Betrieb darf mehr als 300.000 Euro aus Brüssel erhalten. Auch Holdings mit mehreren Betrieben dürfen zusammen nicht mehr kriegen. Das wäre das einzig wirksame Instrument, um Investoren auszubremsen. Im Landkreis Märkisch-Oderland beispielsweise sind schon heute mehr als 20 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in der Hand auswärtiger Kapitalanleger.

In Brandenburg wurde ein Bündnis von Bauern gegen Agrarfabriken gegründet.

Nach den Kriterien dieses Bündnisses wäre mancher unserer Betriebe vielleicht auch eine Agrarfabrik. Uns ist etwas anderes wichtig, nämlich dass der Landwirt Eigentümer des Betriebes ist und selbst mitarbeitet. Das verstehen wir unter bäuerlicher Landwirtschaft. Daraus folgt eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die nicht nur den kurzfristigen Gewinn, sondern auch die nächste Generation im Blick hat.

### Wie geht es den Betrieben denn insgesamt?

Wir können nicht klagen. Wirtschaftlich erlebt die Landwirtschaft einen Aufschwung. Wir produzieren reale Werte. Es wird Zeit, dass die Landesregierung diese wachsende Bedeutung zur Kenntnis nimmt und uns nicht missachtet. In der Lausitz sollen für die Braunkohle noch 1800 Dorfbewohner vertrieben und 5000 Hektar Produktionsfläche vernichtet werden. Im ganzen Land werden wir mit völlig überzogenen Naturschutzauflagen gegängelt. Das geht so nicht weiter.

### Und wie steht es mit dem Wetter?

Damit kommen wir schon eher klar. Sicher, der lange Winter hat uns in den letzten Wochen viel Arbeit gemacht. Vieles aus dem März musste im April mit erledigt werden – etwa Bodenbearbeitung, Aussaat oder Grünlandpflege. Ist die Vegetationsperiode kürzer, wird die Ernte kleiner. Aber es wäre verfrüht, jetzt schon Prognosen aufzustellen.

## **Grundstücksverkehrsgesetz: Anpassen oder Abschaffen!**

**Beitrag des Geschäftsführers Reinhard Jung bei der Anhörung zur Sicherung des landwirtschaftlichen Bodenmarktes im Landtag Brandenburg am 30. Mai 2013**



Anhörung zum Antrag von CDU und Grünen "Ortsansässige Landwirte stärken" im Brandenburger Landtag: von links Reinhard Jung, der Geschäftsführer der Siedlungsgesellschaft Dr. Willy Boß, der Fachanwalt für Agrarrecht Franz-Christoph Michel und weitere Experten, dahinter Holger Lampe von der Agrargenossenschaft Trampe und Johannes Erz vom Bündnis Junge Landwirtschaft. Foto: Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,

als landwirtschaftliche Berufsvertretung geben wir seit 2008 Stellungnahmen zum Vorkaufsrecht nach Reichssiedlungsgesetz § 4 / Grundstücksverkehrsgesetz § 19 ab. Dabei haben wir folgende Erfahrungen gemacht:

Von einigen Landkreisen erhalten wir regelmäßig Anfragen, von anderen eher selten, von drei Landkreisen gar nicht. Einige Landkreise schicken uns sehr knappe Informationen über die Grundstücke, andere wiederum schicken uns Teile des Kaufvertrages. In der Regel bitten die Landkreise uns um Hinweise auf aufstockungsbedürftige Landwirte im räumlichen Umfeld der Grundstücke, manchmal zusätzlich um eine Einschätzung, welche agrarstrukturellen Gründe in

besonderer Weise für welchen Landwirt sprechen. Zwei Landkreise allerdings wünschen von uns lediglich eine Stellungnahme zur Versagung der Genehmigung.

Kommen bei der Ausübung des Vorkaufsrechts mehrere Landwirte in Frage, so verschwinden die Zuständigkeiten im Nebel. Die Landkreise verweisen auf die Entscheidungskompetenz der Siedlungsgesellschaft, diese wiederum verweist darauf, dass sie in Brandenburg nicht damit beauftragt ist, eine agrarstrukturelle Abwägung vorzunehmen, und daher den Empfehlungen der Landkreise bzw. des Landesamtes folgt, das Landesamt wiederum besteht darauf, ausschließlich die rechtlichen Zusammenhänge zu prüfen. Wer am Ende die Entscheidung trifft und vor allem weshalb, ist nirgendwo auch nur im Ansatz nachvollziehbar.

Mit Blick auf die Umsetzung des Grundstücksverkehrsgesetzes in Brandenburg wirkt dies alles nicht sehr überzeugend. Aber das ist kein Alleinstellungsmerkmal unseres Bundeslandes. Im Baden-Württemberg etwa kann die Siedlungsgesellschaft auf Vorrat Flächen erwerben und damit das Staatseigentum vermehren, in Bayern ist der Bauernverband – der natürlich auch dort nur einen Teil der Bauern vertritt – Träger der Siedlungsgesellschaft. An fragwürdigen Auswüchsen rund um das landwirtschaftliche Grundstücksrecht mangelt es bundesweit wahrlich nicht.

Fakt ist: Das Reichssiedlungsgesetz stammt von 1919 und diente damals ausdrücklich dem Zweck, eine ungesunde Verteilung des Bodens zu verhindern, und Bauernfamilien zu stärken bzw. ihnen den Aufbau einer Existenz zu ermöglichen. Das Grundstücksverkehrsgesetz stammt von 1961, aus der alten Bundesrepublik mit einer homogenen bäuerlichen Agrarstruktur. Hier stellt sich in der Tat die Frage, ob die Instrumente von damals der Realität der Landwirtschaft heute, zumal in Ostdeutschland, noch gerecht werden, und deshalb bin ich CDU und Grünen sehr dankbar, dass sie das Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Ich will Ihnen die Problematik an einem fiktiven Beispiel erläutern: **Nehmen wir ein landwirtschaftliches Grundstück in Potsdam-Mittelmark und spielen drei Fallgestaltungen durch:**

- 1.) Ein Nicht-Landwirt, sagen wir mal ein Insolvenzverwalter aus Nordrhein-Westfalen, kauft das Grundstück. Was geschieht? Der Landkreis könnte dem Kaufvertrag die Genehmigung verweigern und das Vorkaufsrecht ausüben zugunsten eines ortsansässigen Landwirts. Das wäre der Normalfall, wie wir ihn aus der bisherigen Praxis kennen.
- 2.) Ein Agrarunternehmen aus Potsdam-Mittelmark, das dem Insolvenzverwalter aus Nordrhein-Westfalen gehört, kauft das Grundstück. Was geschieht? Gar nichts, denn ein solches Agrarunternehmen ist im Reichssiedlungsgesetz bzw. Grundstücksverkehrsgesetz nicht vorgesehen, es wird also behandelt wie jeder andere Landwirt auch, der Landkreis müsste den Kaufvertrag genehmigen, der ortsansässige Landwirt ginge leer aus.
- 3.) Gehen wir spaßeshalber noch einen Schritt weiter und nehmen an, dieser Landwirt hat einen guten Kumpel, sagen wir mal einen Autohändler, mit dem er jeden Mittwochabend Skat drischt. Der ortsansässige Autohändler kauft also das Grundstück, um es dem ortsansässigen Landwirt zu verpachten. Was geschieht? Der Landkreis könnte dem Kaufvertrag wieder die Genehmigung verweigern und das Vorkaufsrecht ausüben und am Ende geht das Grundstück natürlich nicht an den ortsansässigen Landwirt, sondern an das Agrarunternehmen des Insolvenzverwalters aus Nordrhein-Westfalen.

Die Lage ist wirklich etwas kompliziert, es ist jedenfalls nicht so einfach in gut und böse, in agrarstrukturell wünschenswert und nicht wünschenswert zu unterscheiden. Aber eines sollte aus den drei Fallgestaltungen deutlich geworden sein: Die Instrumente des Reichssiedlungsgesetzes von 1919 und des Grundstücksverkehrsgesetzes von 1961 werden der Realität der Landwirtschaft in Ostdeutschland heute definitiv nicht mehr gerecht, und zwar weil sie alle Agrarbetriebe gleich behandeln, unabhängig davon, ob diese sich im Eigentum von ortsansässigen Landwirten oder von auswärtigen Kapitalanlegern befinden. Damit wird der ursprüngliche Siedlungsgedanke völlig ad absurdum geführt. Fallgestaltung 2 ist inzwischen schon normal, Fallgestaltung 3 wird zunehmen –

je fester sich die Kapitalanleger regional etablieren, desto deutlicher werden sie das, was ihnen dem Gesetz nach zusteht, auch für sich einfordern

**In meinen Augen gibt es zwei Alternativen:** Entweder man passt das landwirtschaftliche Grundstücksrecht an die Realitäten in Ostdeutschland an und nutzt dafür die Gesetzgebungskompetenzen des Landes – diesem Zweck soll ja die von CDU und Grünen beantragte Arbeitsgruppe dienen – oder aber man schafft es ab, weil es seine Aufgabe nicht mehr erfüllt bzw., siehe Fallgestaltung 3, sogar kontraproduktiv wirkt.

Würde man es anpassen, wäre das allerdings ein echtes Bekenntnis zu einer Landwirtschaft, die durch ortsansässige Landwirte geprägt wird, und ich bin mir nicht sicher, ob die Landesregierung heute schon so weit ist. Der Bauernbund hat im Januar diesen Jahres eine Untersuchung veröffentlicht, nach der sich bereits zehn bis fünfzehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Brandenburgs in der Hand auswärtiger Kapitalanleger befinden, Tendenz rasant steigend. Im Landkreis Märkisch Oderland, wo allein zwanzig Prozent der Nutzfläche von den drei Holdings KTG Agrar, Odega und Lindhorst bewirtschaftet werden, spricht der Landrat Gernot Schmidt (SPD) von einer "gefährlichen Entwicklung". Gleichwohl antwortet die Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Niels über den steigenden Einfluss von Kapitalanlegern, ich zitiere: Moralische Wertungen treffe sie nicht, die Situation sei differenziert zu beurteilen, immerhin sicherten die Investoren den Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen, man werde sich um praktikable Lösungen bemühen.

So einfach kann man es sich also machen, wenn das schöne Bild der erfolgreichen ostdeutschen Großlandwirtschaft Risse bekommt, sich zurücklehnen, und so tun, als seien das ganz normale Entwicklungen, nach dem Motto: "Ihr wolltet doch den Kapitalismus, nun habt Ihr ihn, was beschwert Ihr Euch überhaupt?" Das war jetzt natürlich kein Originalzitat, aber es ist eine Zusammenfassung der Geisteshaltung, die uns in der brandenburgischen Agrarpolitik immer wieder begegnet. So ist das halt, und wenn es so weitergeht, gehört irgendwann die halbe brandenburgische Landwirtschaft Unternehmen mit Sitz in Hamburg, Winsen, Westerstede oder sonstwo im Westen – na und? Ich weiß nicht, ob alle in SPD- und Linksfraktion das so locker sehen. Eigentlich kann ich es mir nicht vorstellen.

Falls doch, dann sollte man auf keinen Fall seine Zeit mit der beantragten Arbeitsgruppe verschwenden. Dann wären die Fronten leider mal wieder klar. Alles wie gehabt – zum Schaden unserer Landwirtschaft.

Sollte aber eine Mehrheit hier doch der Meinung sein, dass es für den ländlichen Raum insgesamt besser wäre, wenn die Landwirtschaft Menschen gehört, die auf dem Land leben und arbeiten, und die Wertschöpfung in der Region bleibt, dann sollten wir uns allerdings die Mühe machen, einmal zu definieren, was wir unter einer ungesunden bzw. gesunden Verteilung von Boden verstehen, und zwar möglichst konkret heute in Brandenburg. Ich überrasche Sie sicherlich nicht, wenn ich Ihnen eröffne, dass der Bauernbund an einer solchen Arbeitsgruppe gern mitwirken würde und auch schon ziemlich genaue Vorstellungen hat.

Was Sie vielleicht überraschen wird, ist eine Prognose: Ich glaube, wenn wir in so einer Arbeitsgruppe mit Berufskollegen wie Herrn Lampe zusammensitzen, kämen wir relativ schnell zu guten Ergebnissen. Es gibt nämlich durchaus eine ganze Menge Themen, wo Familienbetriebe und diejenigen Agrargenossenschaften, die noch ortsansässigen Landwirten gehören, dieselben oder ähnliche Interessen haben und wo man mit etwas gutem Willen Kompromisse finden kann. Die Abwehr der Kapitalanleger gehört dazu, und deshalb würde ich mich freuen, wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren aus den Regierungsfractionen, heute einmal über ihren parteipolitischen Schatten springen – zum Wohle unserer Landwirtschaft.

Dankeschön.

*Die Anhörung endete damit, dass sich alle Anzuhörenden mehr oder weniger deutlich für den Antrag von CDU und Grünen aussprachen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die Eckpunkte für ein brandenburgisches Grundstücksverkehrsgesetz ausarbeiten soll. Selbst der Landesbauernverband konnte nicht umhin, den zunehmenden Einfluss von Investoren als Problem zu bezeichnen. Eine Entscheidung im Landtag wird allerdings frühestens im August fallen. CDU und Grüne wollen Ergebnisse noch vor der Landtagswahl und werden deshalb von sich aus Druck machen, dass die Initiative nicht auf die lange Bank geschoben wird.*

*Wir hatten angekündigt, dass wir mit unseren Freunden in CDU und Grünen auch die Themen ansprechen wollen, wo wir Probleme miteinander haben. So fand am 23. April 2013 ein Meinungsaustausch statt zwischen den CDU-Landtagsabgeordneten Dieter Dombrowski, Steeven Bretz, Monika Schulz-Höpfner und Gordon Hoffmann einerseits sowie Reinhard Jung vom Bauernbund und Christoph Rechberg vom Grundbesitzerverband andererseits. Dabei haben wir unser Unverständnis darüber geäußert, dass die CDU bisher keinerlei Kritik an der Braunkohleplanung der Landesregierung übt, nach der 1.800 Dorfbewohner ohne nachvollziehbare energiepolitische Notwendigkeit um ihre Heimat gebracht werden sollen. Während Schulz-Höpfner, die mit uns dem Bündnis Heimat und Zukunft angehört, uns erwartungsgemäß unterstützte, war bei dem energiepolitischen Sprecher der Fraktion Bretz keinerlei Bereitschaft zu erkennen, das Thema auch nur ansatzweise differenziert zu betrachten. Der Dialog wird fortgesetzt.*



Die Landesregierung hat im Mai einen nachgebesserten Braunkohleplan zur Vernichtung des Dorfes Proschim (Landkreis Spree-Neiße) vorgelegt. Über die Möglichkeit, dagegen Einspruch einzulegen, werden wir unsere Mitglieder im Juni noch per E-Mail informieren.

## **Die so genannten Lausitzer Kumpel**

**Leserbrief unseres Mitglieds Christa Kiesel in der Märkischen Allgemeinen, 23. Mai 2013**

In Cottbus demonstriert die Gewerkschaft Bergbau Chemie Energie für eine Fortführung der Braunkohleverstromung nach 2030, und die MAZ würdigt dieses Engagement mit einem großen Beitrag über die Lausitzer Kumpel. Alles da unten hänge angeblich an der Braunkohle, selbst der Bäcker brauche sie. Schwierig könnte das Brötchenverkaufen allerdings auch werden, wenn kein Acker für den Getreideanbau mehr da ist – bisher haben die Bagger rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Lausitz in Wüste verwandelt – aber das nur am Rande.

Bemerkenswert finde ich vor allem die Anspruchshaltung der Kumpel. Sie gehen, selbstverständlich vom Arbeitgeber freigestellt, dafür auf die Straße, dass ihre hoch bezahlten Arbeitsplätze über 2030 hinaus gesichert werden. Dafür sollen nochmal fünf Dörfer plattgemacht und 1800 Dorfbewohner enteignet und aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die meisten Arbeitnehmer, die ich kenne, würden sich schon freuen, wenn ihr Arbeitsplatz bis 2020 sicher wäre. Aber ich glaube, kaum jemand würde dafür anderen Menschen soviel Leid antun wie diese so genannten Lausitzer Kumpel.

## **Bauernbund wirft Vattenfall Irreführung der Öffentlichkeit vor**

**Pressemitteilung vom 15. Mai 2013**

Der Bauernbund Brandenburg hat das heute von Vattenfall angebotene Pressegespräch zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Unternehmen im Bereich der geplanten neuen Braunkohle-Tagebaue als bewusste Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnet. "Die Existenzgrundlage jeder Landwirtschaft ist Boden, und genau der wird durch Braunkohle-Tagebaue unwiederbringlich zerstört", stellte Bauernbund-Vorstandsmitglied Christoph Schilka, Landwirt aus Guhrow im Spreewald, fest.

Kein ernstzunehmender Landwirt könne die nach der so genannten Rekultivierung bereit gestellten Kippenflächen als Boden bezeichnen, so Schilka weiter: "Der einzige Ertrag, der auf solchen Flächen sicher ist, sind die EU-Subventionen." Alle typischen Merkmale von Boden – eine dichte mineralische Struktur mit Humusanteil und Verbindung zum Grundwasser – seien jedenfalls nicht mehr vorhanden.

Schilka: "Das Pressegespräch soll offenbar verschleiern, dass Vattenfall noch rund 5000 Hektar land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche in der Lausitz wegbaggern will. Die Existenzgrundlage zukünftiger Generationen würde dem schnellen Geld mit der Kohle geopfert."

## **Bauernbund: Braunkohle-Tagebaue verstoßen gegen Grundgesetz**

**Pressemitteilung vom 3. Juni 2013**

Anlässlich der morgen stattfindenden Verhandlung zweier Klagen gegen den rheinischen Braunkohle-Tagebau Garzweiler II vor dem Bundesverfassungsgericht hat der Bauernbund Brandenburg seine Auffassung bekräftigt, dass die Enteignung und Vertreibung von Menschen zur Realisierung neuer Tagebaue nicht durch das Grundgesetz gedeckt ist. Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung: "Die aus dem Jahr 1934 stammende Regelung im Bergrecht setzt voraus, dass Braunkohle-Tagebaue der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen. Das mag der Fall gewesen sein, als die Energieunternehmen einen regional begrenzten Versorgungsauftrag hatten und keine anderen Technologien zur Verfügung standen. Heute agieren internationale Konzerne auf globalen Märkten, und die Braunkohle ist längst nicht mehr alternativlos."

Allein die Annahme, dass die Braunkohleverstromung Arbeitsplätze oder Wohlstand sichere, reiche nicht aus, um Menschen das durch Artikel 14 des Grundgesetzes geschützte Recht auf Eigentum abzusprechen. "Dann könnte ja jeder kommen und sich an Haus und Hof anderer bereichern", kritisierte der 47jährige Landwirt aus Lennewitz in der Prignitz. Die Planungen der brandenburgischen Landesregierung, nach der weitere fünf Dörfer abgebaggert und 1.800 Menschen vertrieben werden sollen, bezeichnete Jung als "menschenverachtend und skrupellos."

Der Bauernbund Brandenburg ist Mitinitiator des Bündnisses Heimat und Zukunft gegen neue Tagebaue, dem Wirtschafts- und Umweltverbände sowie Politiker aller Parteien angehören: [www.heimatzukunft.de](http://www.heimatzukunft.de).

*Um ausufernde Naturschutzaufgaben ging es bei einem Meinungsaustausch, den Karsten Jennerjahn und Reinhard Jung am 19. März mit den grünen Landtagsabgeordneten Axel Vogel, Michael Jungclaus und Sabine Niels geführt haben. Dabei haben wir vor allem deutlich gemacht, dass die von den Grünen favorisierte weitere Ausformulierung der "guten fachlichen Praxis" tatsächlich weniger dem Umweltschutz dient als einem Heer von Umweltbürokraten und Umweltmanagern, die, fernab jeder Praxis, ihre Daseinsberechtigung vor allem darin sehen, den praktischen Landwirten das Leben und Wirtschaften schwer zu machen. Bei dem Gespräch war viel guter Wille erkennbar, aber auch hier ist es natürlich erforderlich, den Dialog fortzusetzen.*

## Von der Schwierigkeit, mit dem Wolf zu leben

Interview der Redakteurin Andrea Hilscher mit unserem Vorstandsmitglied Marcus Schilka, veröffentlicht in Lausitzer Rundschau vom 21. März 2013



Der Konflikt ist fast so alt wie die Menschheit selbst: Wo immer der Wolf auf bewohnte Siedlungen trifft, scheint ein friedliches Zusammenleben kaum möglich. Seit sich in der Lausitz eine feste Wolfspopulation etabliert hat, fordern immer mehr Jäger und Landwirte die Möglichkeit, das Raubtier zu bejagen. Der 30jährige Marcus Schilka aus Guhrow ist einer von ihnen.

Foto: Hilscher

Herr Schilka, warum haben Sie solche Angst vor Wölfen?

Angst ist das falsche Wort. Wenn der Wolf in unbesiedelten Gebieten wie etwa der Lieberoser Heide umherstreift, bereitet er mir kein Kopfzerbrechen. Aber wenn in den Dörfern um mich herum immer häufiger Spuren von Wölfen gefunden werden, dann fange ich schon an, mir massiv Sorgen zu machen. Schließlich halte ich, wie viele meiner Kollegen, meine Rinder ganzjährig im Freien. Das ist für uns die rentabelste Haltungsform – und den Tieren bekommt sie ebenfalls. Sie wachsen artgerecht auf und sind viel weniger anfällig für Krankheiten als Tiere in Stallhaltung.

Und der Wolf bedroht jetzt diese Haltungsform?

Natürlich. Bis jetzt sind in Brandenburg offiziell zwar erst fünf Kälber, 284 Schafe und 48 Stück Dammwild gerissen worden. Breitet sich der Wolf aber in derselben Geschwindigkeit aus wie bisher, haben wir in zehn Jahren nicht mehr nur hundert, sondern 2000 Wölfe im Land. Schließlich hat der Wolf keinerlei natürliche Feinde. Und wenn ihm das Nahrungsangebot in den Wäldern nicht mehr ausreicht – auf den Wiesen der Bauern findet er einen reich gedeckten Tisch.

Die Landesregierung bietet doch aber Entschädigung für Wolfsrisse an?

Das schon, diese Zusage ist aber an die Haushaltslage gebunden. Wenn kein Geld mehr da ist, gibt es auch keine Entschädigung. Außerdem ist völlig ungeklärt, wie ich etwa entschädigt werden würde, wenn mir morgen ein Kalb gerissen würde. Jetzt sind die Tiere zwei oder drei Wochen alt und rund hundert Euro wert. Ich veranschlage sie in meinen Planungen aber mit etwa dem zehnfachen Wert – sie wachsen bis zum Herbst auf meinen Weiden heran, ohne, dass mir da noch große Kosten entstehen. Und auch über die Kosten der wolfssicheren Umzäunung sollte mal geredet werden. Ich müsste allein 9800 Meter Hochsicherheitszaun, zwei Meter hoch mit vier stromführenden Drähten, neu setzen. Das würde Investitionen von mehreren zehntausend Euro nach sich ziehen. Und würde nicht zuletzt das Gesicht unserer offenen Kulturlandschaft völlig verändern. Ob das dem Tourismus in der Region so gut tut, steht auf einem anderen Blatt.

Aber Sie als Bio-Bauer müssten doch auch ein Interesse an einer Naturschutzinitiative wie dem Wolfsschutz haben.

Wir haben zweihundert Jahre ohne den Wolf gelebt und wir haben ihn nicht vermisst. Der Wolf war immer ein Feind von Mensch und Nutztieren. Die Nutztierhaltung im Mittelalter war jedoch so angelegt, dass man noch mit ihm leben konnte. Tagsüber wurden die Tiere von einem Hirten auf der Gemeinschaftsweide bewacht, nachts kamen sie wieder ins Dorf, wo sie sicher eingezäunt waren. Schlüssel für die Modernisierung der Landwirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und damit Grundlage für Bevölkerungswachstum und Industrialisierung war eine Ausdehnung der Rinderhaltung. In der Dreifelderwirtschaft wurde die Brache durch Klee gras ersetzt, die Gemeinschaftsweide wurde aufgeteilt und von ihren Eigentümern verbessert. An die Stelle des Hirten trat der Koppelzaun – damit war der Wolf nicht mehr akzeptabel und wurde ausgerottet. Heute haben wir also wieder denselben Interessenkonflikt. Ich meine, der Wolf sollte sich dort ansiedeln und ausbreiten können, wo er nicht stört. Flächen dafür gibt es in unserem Land genug. Wir haben in Brandenburg etwa 60.000 Hektar Naturreservate sowie tagebau- oder munitionsgeschädigte Sperrgebiete, in die er sich zurückziehen kann. Aber wenn er in eine dicht besiedelte Landschaft kommt, sollte er geschossen werden. Anderenfalls müssten wir unsere naturnahe Tierhaltung aufgeben und unsere Rinder einstellen. Oder mit den Verlusten leben. Aber das will ich nicht akzeptieren. Ich halte momentan 60 Deutsch-Angus-Kühe mit ihren Kälbern, dazu 14 Färsen für die Nachzucht. Meine älteste Kuh ist 16 Jahre alt, sie hat mir 14 Kälber geboren und ist bis heute topfit. Ich hänge an dieser Kuh. Ich möchte meine Tiere nicht einem Räuber opfern.

#### Was genau sind Ihre Forderungen?

Der Bauernbund fordert zunächst, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Sachsen ist diesen Schritt bereits gegangen. Dort darf der Wolf zwar ebenfalls noch nicht bejagt werden, aber etwa bei Verkehrsunfällen mit Wölfen gibt es versicherungstechnisch weniger Probleme als bei uns. Außerdem fordern wir eine aktive Bejagung des Wolfes dort, wo er unseren Tieren gefährlich werden kann. Dafür sollte eine ganz klare Obergrenze definiert werden, wie viele Wölfe das Land letztlich verkraften kann. Bisher fehlen solche verbindlichen Rahmendaten leider völlig. Genau diese Festlegung wäre aber das Mindeste, wenn man einen Kompromiss zwischen Naturschutz und Tierhaltung finden will.

**Zur Sache:** Anfang des Jahres hat die brandenburgische Landesregierung einen Wolfsmanagementplan vorgestellt. Er soll den künftigen Umgang mit dem Wolf regeln und mögliche Entschädigungsfälle schon im Vorfeld klären. Mitgearbeitet haben rund 80 Interessenträger wie Tierhalter, Natur- und Tierschutzorganisationen, Jagdverbände oder Wissenschaftler. Der Bauernbund trägt den Plan nicht mit, der Landesbauernverband hat ihn dagegen unterzeichnet.

**Zur Person:** Marcus Schilka, 30, ist Landwirt aus Leidenschaft. Er betreibt eine biologische Rinderzucht in Guhrow (Spree-Neiße) und bewirtschaftet 200 Hektar Acker- und Weideland. Marcus Schilka ist Vorstandsmitglied des Bauernbundes Brandenburg. Schilka ist aktiver Jäger. Aus Angst um seine Tiere fordert er eine Obergrenze für die Entwicklung der Wolfspopulation.

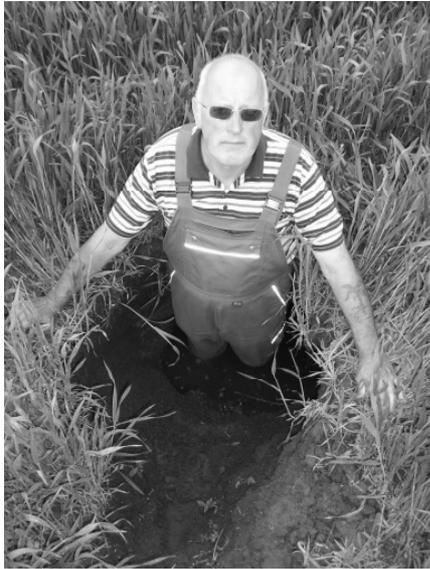
## **Bauernbund will professionelle Biberjäger**

### **Pressemitteilung vom 22. Mai 2013**

Anlässlich des heute im Landtag stattfindenden Fachgesprächs zum Bibermanagement hat der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, den Einsatz professioneller Biberjäger gefordert. "Dieselben Mitarbeiter des Landesumweltamtes, die diese Plage verursacht haben, sollten künftig in der Bestandsregulierung eingesetzt werden", verlangte Manfred Wercham, Bauernbund-Vorstandsmitglied aus Wilhelmsaue im Oderbruch.

Der nach wie vor streng geschützte Biber habe sich in den vergangenen Jahren explosionsartig vermehrt und bedrohe inzwischen flächendeckend die Entwässerung der Felder und Wiesen, argumentiert Wercham und bezeichnete die vom Landesumweltamt angegebene Population von 2.700

Tieren als "Märchen aus längst vergangener Zeit." Auch die Zerstörung der Landschaft durch angenagte und gefällte Bäume habe ein Ausmaß erreicht, das nicht mehr hinnehmbar sei: "An vielen Gewässern ist es praktisch unmöglich geworden, junge Bäume zu pflanzen."



Mährescherfalle: Manfred Wercham in einem vom Biber gegrabenen Tunnel, acht Meter vom Graben entfernt auf seinem Acker

### Wie mit dem Biber umgehen?

Praktische Lösungen sind bekannt, werden aber hier mit Sicherheit nicht veröffentlicht. Auch wenn es mühsam ist: Flankierend zu unseren berufspolitischen Aktivitäten sollten möglichst viele Berufskollegen die Möglichkeiten nutzen, die unser Rechtssystem bietet. Habt Ihr Biberschäden, so solltet Ihr bei der Naturschutzbehörde des Kreises einen Antrag auf naturschutzrechtliche Ausnahmeregelung zur Beseitigung von Biberdämmen und Reduzierung der Biberpopulation stellen. Der Antrag muss sich auf ein konkretes, betroffenes Areal beziehen, die Schäden müssen nachvollziehbar quantifiziert und mit Fotos dokumentiert sein. Ansonsten kann der Antrag relativ formlos gestellt werden. Zur Bekräftigung ist es sinnvoll,

sich die Schäden und die Plausibilität der Biberaktivitäten als Ursache dafür durch einen landwirtschaftlichen Sachverständigen bestätigen zu lassen (kein teures Gutachten). Weiterhin ist es sinnvoll, wenn das Landwirtschaftsamt des Kreises und der zuständige Gewässerunterhaltungsverband den Antrag unterstützen (hängt natürlich davon ab, wie man mit den Leuten kann). Die Behörde zieht zwar das Verfahren in die Länge und die Genehmigung erfolgt mit einer Fülle von Auflagen (Beseitigung nur durch den Gewässerunterhaltungsverband, Reduzierung nur durch sachkundige Jäger), aber wer hartnäckig genug ist, bekommt irgendwann die Lizenz zum Töten. Und je mehr Berufskollegen den mühsamen Rechtsweg gehen, desto deutlicher können wir unsere Forderungen untermauern. Mehr Infos darüber bei unserem Mitglied Reiner Matthes, Telefon 033394-59860.

## Zu guter Letzt: Bauernbund Brandenburg worldwide

Die Washington Post hatte sich angesagt, Amerikas zweitwichtigste Zeitung, der Deutschland-Korrespondent Michael Birnbaum wollte anlässlich neuer Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen von Karsten und Reinhard wissen, warum die deutschen Bauern die Grüne Gentechnik ablehnen, und wir haben ihm alles erklärt, von der Produktionstechnik über die Vermarktung bis zu den betriebswirtschaftlichen Konsequenzen, wenn die Produktionsmittel Pflanze und Tier nicht mehr dem Landwirt gehören, sondern irgendeinem Patentinhaber aus der Industrie. Leider war der gute Mann weniger von unseren Argumenten beeindruckt als vielmehr von Reinhard's "spotted brown cows grazed calmly one recent afternoon on a field behind his squat, red-brick farmhouse". In dem am 17. Mai veröffentlichten Beitrag macht er sich vielmehr über angeblich irrationale Ängste der deutschen Bauern lustig und spricht von "deep seated cultural divides". Karstens 400-Hektar-Ackerbaubetrieb sei aus amerikanischer Sicht "a hobby farm". Aber immerhin, in dem Artikel hat unser Präsident das letzte Wort: "For farmers is it positive to do away with their own jobs? Jennerjahn said: At the end, you're alone in the village."

Die Auflage der Washpost mit 500.000 Lesern ist schon fast niedlich gegen die 2.500.000 Leser der Chinesischen Volkszeitung, deren Deutschland-Korrespondent Fahong Huang einen deutschen Familienbetrieb vorstellen wollte. Silke Kirsten aus Polzen übernahm dankbarerweise die Aufgabe und so war am 3. Mai im Reich der Mitte Jungbauer Max mit Fendt zu sehen, drumherum viele kryptische Zeichen – vielleicht ist es manchmal ganz gut, nicht zu wissen, was sie bedeuten ...